



GEORG MORITZ / ACTION PRESS

HAUSHALT

Weniger Schulden

Noch viel besser als bislang angenommen entwickeln sich die Steuereinnahmen. Das geht aus Unterlagen des Bundesfinanzministeriums (BMF) für eine Klausurtagung von Haushaltsexperten der Koalitionsfraktionen hervor, die in der kommenden Woche stattfindet. „Eine vorsichtige Restschätzung der Steuereinnahmen kommt nach heutigem Kenntnisstand für das Jahr 2007 zu Mehreinnahmen im Vergleich zur Mai-Schätzung 2007 in einer Größenordnung von knapp fünf Milliarden Euro für alle Ebenen“, heißt es in den Papieren. Auf den Bund entfielen davon gut zwei Milliarden Euro.

„Sollte die aktuelle Einnahmementwicklung bis zum Jahresende anhalten, könnten die Mehreinnahmen auch noch etwas höher ausfallen“, schreiben die Experten von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD). Weil die Steuereinnahmen steigen, muss Steinbrück in diesem Jahr wesentlich weniger Schulden machen als die eingeplanten 19,6 Milliarden Euro. Die Finanzlage beim Bund, aber auch bei den Ländern habe sich „angesichts der unablässig zunehmenden Steuer Mehreinnahmen entspannt, wenngleich auch in diesem Jahr bei beiden Ebenen noch mit geringen Defiziten zu rechnen ist“. Experten im BMF rechnen damit, dass der Bund in diesem Jahr mit einer Neuverschuldung von etwas mehr als zehn Milliarden Euro auskommt.

IWF

In Treue fest zu Strauss-Kahn

Die Bundesregierung ist sich sicher, dass der europäische Kandidat für den Chefposten beim Internationalen Währungsfonds (IWF), Dominique Strauss-Kahn, trotz Nominierung eines Gegenkandidaten gewählt wird. Alle 27 EU-Mitgliedstaaten und die USA hätten ihre Unterstützung für den ehemaligen französischen Finanzminister bekräftigt. Auch China, eines der einflussreichsten Schwellenländer, habe signalisiert, Strauss-Kahn zu wählen. Damit sei eine Mehrheit für Strauss-



Kahn sicher. Kürzlich hatte Russland den ehemaligen tschechischen Notenbankpräsidenten Josef Tosoovsky als Gegenkandidaten ins Spiel gebracht, mit der Begründung, dass der IWF einer grundlegenden Reform bedürfe. Es sei an der Zeit, die Interessen der Schwellenländer zu berücksichtigen. Doch nicht einmal bei der tschechischen Regierung fanden die Russen Unterstützung für den Vorstoß.

Strauss-Kahn